

## Wie schnell ist die Polizei wirklich?

Wie lange braucht eigentlich eine Polizeistreife, bis sie am Einsatzort ist? Das wollte der FDP-Abgeordnete David Wulff von der Landesregierung M-V wissen. Um genau zu sein, lautete die parlamentarische Anfrage: „Wie lange braucht die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt zwischen dem Eingang des Notrufs bis zum Eintreffen am Einsatzort?“

Das Innenministerium teilte auf die Anfrage mit, dass die Einsatzzeitstellen-Software „Felis 11“ zwar die Alarmierungszeit und auch die Zeit des Eintreffens am Einsatzort dokumentiert, diese Zeitspanne jedoch nicht automatisch berechnet und statistisch erfasst. Um die Einsatzzeiten der letzten drei Jahre vergleichbar darzustellen, müssten die gespeicherten Daten erst sortiert und entsprechend aufbereitet werden, was einen enormen Mehraufwand bedeuten würde.

Laut Abgeordnetem Wulff könne sich das Land solche Defizite im Jahr 2022 nicht mehr leisten. Auf die Frage, ob die Polizei wie der Rettungsdienst garantieren könne, bei Einsätzen mit höchster Priorität innerhalb von zehn Minuten am Einsatzort zu sein, antwortete die Landesregierung: „Die aktuelle Aufbau- und Ablauforganisation der Landespolizei wird als angemessen angesehen, um eine schnellstmögliche Verfügbarkeit von Polizeikräften an Einsatz und Tatorten,

insbesondere denen mit besonderer Priorität, sicherzustellen.“

Ziel der Landespolizei sei es, „lageangepasst“ immer eine ausreichende Anzahl an Personal und Ausstattung vorzuhalten, um jederzeit rechtzeitig und effektiv auftretende Notfälle bearbeiten und bewältigen zu können.

In Berlin stellte der FDP-Abgeordnete 2019 eine ähnliche Anfrage, aus der hervorging, dass

die Berliner Polizei im Schnitt nach 23:32 Minuten am Einsatzort eintrifft. 2014 lag der Wert noch bei knapp 20 Minuten. Bei diesen Einsatzzeiten handele es sich aber oftmals nicht um priorisierte Einsätze. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen brauchte die Polizei 2016 durchschnittlich 14:55 Minuten vom Anruf bis zum Eintreffen am Einsatzort.

Quelle: SVZ vom 27. Juli 2022, dpa vom 25. August 2019, rp online 2017



## Auf ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter der Polizei

In einem ersten Gespräch mit dem neuen Abteilungsleiter der Polizei, Herrn Berthold Witting, stellte unser Landesvorsitzender Ronald Müller die aktuell dringendsten Baustellen und das Stimmungsbild an der Polizeibasis dar.

„Aus Sicht der DPoIG M-V gibt es einige, teilweise seit Langem

aufgestaute Probleme in der Landespolizei“, so Ronald Müller. „Ein Kernproblem ist, dass die Landespolizei aktuell gerade die touristische Urlaubssaison im Land, verbunden mit der Vielzahl von zeitgleich stattfindenden Veranstaltungslagen, zusätzlich zu dem Alltagsdienst mit ihrer zu geringen Personalstärke bewältigen muss. Das führt seit Wochen wiederholt zu enormen

Belastungsspitzen für unsere Kolleginnen und Kollegen im Land.“

Sichtbar wurde dies erst kürzlich durch einen Fußballeinsatz in Rostock, nach dem etliche Beschwerden von Dienststellen aus ganz M-V hinsichtlich der überlangen Einsatzzeiten von bis zu 18 Stunden eintrafen.

„Das Kräfte-Management in der Landespolizei M-V muss zukünftig für planbare Einsatzlagen im Land deutlich besser werden! Dass die Einsatzkräfte nach einer Dienstzeit von 14 bis 18 Stunden teilweise noch über 100 Kilometer in die Heimdienststelle zurückfahren

müssen, darf allein aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn nicht toleriert werden.“

Weitere Forderungen der DPoIG M-V an den Dienstherrn sind weiterhin: die dringend notwendige Wertschätzung der Lebensleistung Polizeidienst durch die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die Anerkennung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten auch bei Nachtübungen und die Inkraftsetzung des § 17 a der ErschwZuVO (Bund) auch in M-V.

Der Landesvorsitzende  
Ronald Müller

### Impressum:

Landesgeschäftsstelle  
Hinrichsdorfer Straße 7 c  
18146 Rostock  
Tel.: 0381.20749724  
Fax: 03212.7393777  
www.dpolg-mv.de  
V.i.S.d.P.: Annakatharina Kroege



## Der Polizei fehlt der Nachwuchs

Gerade wurden 105 frischgebackene Polizeimeister(innen) in den Dienst entlassen. Das klingt erst mal nach ordentlich Unterstützung in den Revieren und der Bereitschaftspolizei. Dass aber über 40 Anwärter(innen) während der Ausbildungszeit „verloren“ gegangen sind, überhaupt die Sollstärke zu erreichen. In etwa jede(r) dritte Polizeischüler(in) verlässt die Fachhochschule vorzeitig, aus persönlichen Gründen oder mangelnder Leistung.

Die Coronapandemie wird als ein Grund für die vielen Abgänge herangezogen, da das hohe Maß an Verantwortung und Fleiß im Selbststudium viele an ihre Grenzen bringt. Corona kann aber nicht als einziger Grund dafür herhalten, dass die bis 2023 geplanten 6 200 Stellen in der Landespolizei bis da-

hin noch lange nicht besetzt sein werden. Hier muss sich auch die Politik den Schuh selbst anziehen, da sie versäumt hat, rechtzeitig die Reißleine beim Stellenabbau zu ziehen und auf die verstärkte Nachwuchsgewinnung zu setzen. Innenminister Pegel räumt in diesem Punkt Versäumnisse ein: „Die 2016 angestellten Berechnungen waren wohl etwas zu optimistisch“, erklärte Pegel. Es gingen mehr Beamte vorzeitig in den Ruhestand und es fielen mehr Polizeischüler durch die Prüfungen als erwartet. Die Lücke ist somit größer als man damals angenommen hat.

Die eingebrochenen Bewerberzahlen zeigen, wie prekär die Personalsituation im Land wirklich ist und wie schwer es wird, die altersbedingten Abgänge in den nächsten Jahren aufzufangen. Im August haben

wieder weniger als 150 Anwärter(innen) für den mittleren Dienst die Ausbildung begonnen. Bereits 2021 konnten von den geplanten 175 Ausbildungsplätzen im mittleren Dienst nur 138 zum Ausbildungsstart besetzt werden. Zum ersten Mal musste die Fachhochschule eine zweite Bewerbungsrunde ausrufen. Für die zweijährige Ausbildung und das dreijährige Studium ab Oktober in Güstrow hatten sich in diesem Jahr insgesamt 1 260 Bewerber gemeldet, im vergangenen Jahr waren es noch 1 400 Bewerber für 225 Ausbildungs- und Studienplätze und im Jahr 2010 mehr als 2 200 auf 96 Plätze.

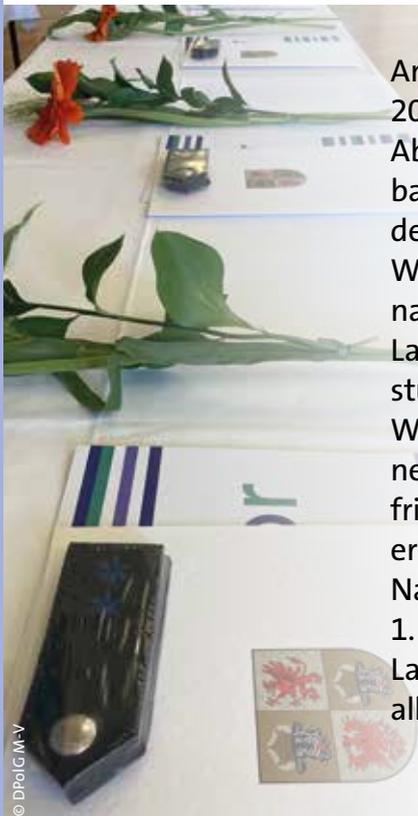
Statt einst 4 000 würden sich jährlich nur noch knapp 1 000 Schulabgänger für den Polizeidienst bewerben, nur etwa 20 Prozent erfüllten die Aufnahmekriterien. Pro Jahr schieden

100 bis 170 Beamte aus dem Dienst aus.

„Traumjob Polizei“ ist schon lange kein Selbstläufer mehr und die Landesregierung wird zukünftig deutlich tiefer in die „Trickkiste“ greifen müssen, um diesen Berufszweig für die nachfolgenden Generationen weiterhin attraktiv zu gestalten.

Ab Oktober dieses Jahres soll es nach dem Beispiel von Schleswig-Holstein und Hamburg eine Zulassung für ein Bachelorstudium geben, dass die Studenten nach einem einjährigen Grundkurs direkt zur Kriminalistin beziehungsweise zum Kriminalisten ausbildet. Dieses Konzept soll mehr Bewerber(innen) anlocken und den Abgängen bei der Kriminalpolizei entgegensteuern.

Quelle: SVZ vom 18. Juli 2022, 27. Juli 2022, 6. August 2022



Am 8. Juli 2022 war es so weit – von 151 im Jahr 2020 eingestellten Anwärter(innen) konnten 107 Absolvent(innen) nach ihrer bestandenen Laufbahnprüfung im Beisein ihrer Angehörigen durch den Staatssekretär des Innenministeriums, Herrn Wolfgang Schmüling, zu Polizeimeister(innen) ernannt werden. Für die DPoIG M-V konnte unser Landesvorsitzender Ronald Müller an dieser Feierstunde teilnehmen.

Wir, die DPoIG M-V, freuen uns heute mit den neuen Kolleg(innen) und gratulieren allen nun frischgebackenen Polizeimeister(innen) zu ihrer erfolgreichen Ausbildung und Ernennung. Natürlich wünschen wir allen Absolventinnen und Absolventen ab dem 1. August einen guten Start in den jeweiligen neuen Dienststellen in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern. Kommt alle immer gesund aus allen Einsätzen wieder zurück nach Hause!



Ronald Müller

Eure DPoIG M-V



# Die DPoIG fordert mehr Wertschätzung für die Polizeiarbeit

Die Schwerpunkte der Polizeiarbeit sind immer auch ein Stück weit Radar für aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft und Krisen. Gerade in herausfordernden Zeiten muss die Polizei flexibel und stark agieren, um handlungsfähig zu bleiben und sich den neuen Anforderungen anpassen zu können. Neue gesellschaftliche Themen bringen auch neue Aufgabenbereiche mit sich, auf die die Polizei vorbereitet sein und sensibel reagieren muss. Dafür braucht es ein stabiles und nachhaltiges Personalkonzept, eine qualitativ hochwertige Ausbildung, moderne Einsatzmittel und vor allem die entsprechende Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die sich immer wieder den wechselnden Anforderungen stellen müssen.

die Beamtinnen und Beamten (so der aktuelle Stand) wieder einmal, dass „Wertschätzung, Anerkennung und Sinngewinn“ zwar Leitlinien unserer Landespolizei sein sollen, für die Kolleginnen und Kollegen aber eine Wertschätzung durch die Anerkennung von Dienst zu ungünstigen Zeiten auch bei Übungen offenbar durch den Dienstherrn nicht erfolgt. Die DPoIG M-V sieht hier einen dringenden Änderungsbedarf und hat sich mit zwei Lösungsvorschlägen an das Innenministerium gewandt, um eine Umsetzung im Sinne der Leitlinien anzustreben.

Eine weitere Forderung der DPoIG M-V zur Evaluierung der Trennungsgeldverordnung des Landes hat nun die entsprechende Beachtung im Innenministerium bekommen. Als Gewerkschaft begrüßen wir die beabsichtigte Erstattung von Reisekosten nach der tatsächlichen Wegstrecke, da dies den tatsächlichen Erfordernissen der Lebenswirklichkeit (Wohnort – bisherige Ausbildungsstätte – neue Ausbildungsstätte) entspricht und die Höhe der Kilometerentschädigung an die aktuellen gestiegenen Energiekosten angepasst sein muss.

Gemeinsame Trainings, mit dem Ziel eines Erfahrungsgewinns für eine möglichst professionelle gemeinsame Bewältigung von herausragenden Einsatzlagen, sind daher notwendig und werden von der DPoIG M-V ausdrücklich begrüßt.

Die weltweiten gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren und daraus entstehende oben genannten Notwendigkeiten auch für Meck-

lenburg-Vorpommern waren dem Gesetzgeber bei den Evaluierungen der Erschwerniszulagenverordnung MV (EZuLV MV) offenbar in den Jahren 2011 und 2019 entweder nicht bewusst oder nicht wichtig. Der aber daraus nun erwachsende Unmut unter den Polizistinnen und Polizisten ist dennoch durchaus verständlich. Die Folge daraus ist nun eine erkennbare Ungleichbehandlung, hauptsächlich für die Bereitschaftspolizei. Leider erleben



## > Der Ausbildungsjahrgang 2022 hat begonnen

Anfang August war es endlich wieder so weit – die neuen Polizeimeisteranwärter(innen) konnten an der Fachhochschule begrüßt werden. Trotz weiterhin geltender Coronavorschriften waren wir froh, als JUNGE POLIZEI an der Fachhochschule präsent sein und den neuen Kolleginnen und Kollegen ihren DPoIG-Willkommensordner persönlich übergeben zu können. Dabei konnten auch gleich die ersten Fragen beantwortet und etwas Hilfestellung bei der Orientierung am ersten Tag an der Fachhochschule gegeben werden. Die DPoIG M-V wünscht den Auszubildenden viel Erfolg für die nächsten zwei Jahre und einen guten Einstieg in das Berufsleben bei der Polizei!



## Frist zum Umtausch des Führerscheins ist abgelaufen

Die erste Frist zum Umtausch des Papierführerscheins in den EU-Kartenführerschein ist am 19. Juli abgelaufen. Betroffen sind alle Dokumente, die bis zum 31. Dezember 1998 ausgestellt wurden. Der Umtausch aller Papierführerscheine ist gestaffelt und endet 2033 für Inhaber der Geburtsjahrgänge 1953 bis 1958. Bundesweit müssen etwa 43 Millionen Autofahrer den Tausch vollziehen. In M-V sind es insgesamt etwa eine Million Menschen.

Die erste Tauschfrist wurde aufgrund der Coronapandemie bereits verlängert, umso größer ist jetzt der Andrang in den Führerscheinstellen der Landkreise. Eine weitere Fristverlängerung ist zunächst nicht geplant. Wer die Frist verpasst hat und nach dem 19. Juli von der Polizei kontrolliert wird, muss mit einem Verwarngeld

in Höhe von 10 Euro rechnen. Für die nächsten Geburtsjahrgänge, von 1959 bis 1964, gilt eine Frist bis zum 19. Januar 2023. Die Jahrgänge 1965 bis 1970 müssen ihre alten Führerscheine bis 19. Januar 2024 umtauschen. Wer bereits eine EU-Führerscheinkarte hat, ist nicht betroffen.

## Polizei im Gespräch

In das Themenfeld Wertschätzung fallen auch Führungskultur und die Möglichkeit, Probleme offen anzusprechen. Seit 2018 gibt es daher sogenannte Team- und Feedbackgespräche, bei denen die Stärken und Schwächen der Führungskräfte benannt werden können. Durch offen moderierte Gespräche soll das „kooperative Führungsverhalten“ gestärkt werden. Eine Befragung an der Fachhochschule in Güstrow hatte zuvor ergeben, dass der Punkt „Aufgabenbezogene Wertschätzung durch Vorge-

setzte“ nur gerade mal „mittelmäßig“ bewertet wurde. Rund 400 Vorgesetzte in der Polizei haben nun in der Pilotphase die Möglichkeit für Gespräche genutzt. Nun soll das Führungsfeedback mithilfe eines Personalentwicklungsunternehmens dauerhaft durchgeführt werden. 400 000 Euro lässt sich das Ministerium die Team- und Feedbackrunden kosten. 590 Gespräche sind bis 2026 vorgesehen.

Quelle: SVZ vom 22. Juli 2022



> Infostand

### > Geburtstage im September 2022

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat September geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute. Vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft!

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen im Monat September:

<b>Katja Bosse</b>	<b>Jennifer Claus</b>	<b>Enrico Walther</b>
<b>Susanne Kohs</b>	<b>Stephan Böckel</b>	

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich bester Gesundheit.

Der Landesvorstand

Die Kreisverbände

